

Pressemitteilung 17/2016

Halle (Saale), den 27. April 2016

Höheres Renteneintrittsalter würde gesetzliche Rentenversicherung langfristig stabiler machen

Die Deutschen werden immer weniger und immer älter – das stellt die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) vor große Herausforderungen. Drei Stellschrauben stehen zur Verfügung, um diesem demographischen Problem entgegenzuwirken: das Anheben des Beitragssatzes zur GRV, das Absenken des Rentenniveaus oder die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Eine Studie des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) legt nahe, dass die Deutschen langfristig später in Rente gehen sollten.

Wird das aktuelle Renteneintrittsalter beibehalten und bleibt auch das Rentenniveau konstant, wird der Beitragssatz zur GRV künftig deutlich über dem aktuellen Niveau von 18,7% liegen. Auch aufgrund der ohnehin schon hohen Steuer- und Beitragsbelastung der Arbeitseinkommen hätte ein weiterer Anstieg der Belastung negative ökonomische Konsequenzen. Selbst wenn das Rentenniveau geringfügig sinkt, geht an einer Erhöhung des Renteneintrittsalters kein Weg vorbei, soll der Beitragssatz zur GRV nicht allzu stark steigen.

Die Berechnungen der IWH-Wissenschaftler zeigen, dass das Renteneintrittsalter bis zum Jahr 2030 auf 69 Jahre steigen müsste, wenn den aktuellen politischen Vorschlägen folgend das Rentenniveau auf 48% konstant gehalten würde und der Beitragssatz zur GRV nicht steigen soll. Ab dem Jahr 2034 reichte allerdings selbst ein Renteneintrittsalter von 70 Jahren nicht mehr aus, um den Beitragssatz zur GRV auf heutigem Niveau zu stabilisieren.

Die gesetzliche Rentenversicherung kann begleitend durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung (Beitragszahler in Relation zu den erwerbsfähigen Personen) stabilisiert werden, beispielsweise durch eine weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen, eine höhere Beschäftigungsquote Älterer oder eine niedrigere Arbeitslosenquote. Dieser Effekt tritt im Übrigen auch ein, wenn die Zuwanderung von Personen im erwerbsfähigen Alter nach Deutschland höher ausfällt als in den Berechnungen des IWH unterstellt.

Wie die Maßnahmen konkret kombiniert werden, ist eine politische Entscheidung. „Keine Maßnahmen zu ergreifen oder gar die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung weiter auszuweiten, würde die Finanzierbarkeit der Rentenansprüche

Sperrfrist
27. April, 10:30 Uhr

Pressekontakt
Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi),
Bundesministerium für Arbeit und
Soziales (BMAS), Bundesministerium
der Finanzen (BMF),
Wirtschaftsministerien der Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
Rente, gesetzliche Rentenver-
sicherung, Rentenniveau, Renten-
beitrag, Renteneintrittsalter, Demo-
graphie, Erwerbsbeteiligung,
Zuwanderung

Aktueller Bezug
politische Vorschläge zur Renten-
versicherung

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

langfristig infrage stellen“, so Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und stellvertretender Präsident am IWH. Unterbliebene Stabilisierungsmaßnahmen oder Leistungsausweitungen heute werden durch zukünftige Beiträge finanziert werden müssen. Im Klartext heißt das, dass heutige Rentenversprechen die älteren Arbeitnehmer zulasten der jüngeren begünstigen. Die höheren Rentenversicherungsbeiträge, die daraus in Zukunft resultieren, tragen darüber hinaus die heutigen Kinder.

Veröffentlichung

Holtemöller, Oliver; Pohle, Felix; Zeddies, Götz: [Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung durch Erhöhung des Renteneintrittsalters](#). IWH Online 3/2016. Halle (Saale) 2016.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

IWH-Expertenliste

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftler/innen. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle](#) des IWH.

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe [Gemeinschaftsdiagnose](#), die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 88 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.